

2133. Artikel zu den Zeitereignissen

# Flüchtlings-Programm und rechtsfreie Räume, Teil 225

Friederike Beck "Die geheime Migrationsagenda" (Teil 6) – Ulrike Guérot – Gauck – Schäuble

Friederike Beck schreibt weiter:<sup>1</sup>

*Ulrike Guérot liefert uns dankenswerterweise aber auch noch einen weiteren Schlüssel für die Politik Angela Merkels, die vielen ganz zu Unrecht bisher etwas kryptisch erschien, insbesondere was die völlige Öffnung der Grenzen im September 2015 betrifft. Guérot schrieb in einem Artikel für den britischen Telegraph («Angela Merkel bezahlt einen hohen Preis dafür, ihren Willen zu bekommen») eine Interpretation ihrer Politik, welche sehr schlüssig im transatlantischen Argumentationskontext erscheint.*

*Dabei geht es nämlich stets darum, Deutschland davon zu überzeugen, mehr »Verantwortung« zu übernehmen in der Welt. Mit »Verantwortung« ist letztlich stets militärisches Engagement in fernen Weltgegenden gemeint, die plötzlich als im deutschen Interesse liegend bezeichnet werden, obwohl es – andererseits – doch ein solches nicht mehr geben kann bzw. darf. Wahlweise betreffen diese Gegenden auch die Interessen der sogenannten westlichen Wertegemeinschaft.*

*Die Interpretation Guérots ist sehr aufschlussreich. Folgte man ihr, hätte Angela Merkel im Sommer 2015 vor allem US-Interessen bedient. Ja, wir hätten dem Prelude zu einer verstärkten Übernahme von Verantwortung in der Welt durch die Deutschen beigewohnt, sprich dem Vorlauf zu einem Engagement bzw. militärischen Eingreifen in Nahost. Guérot:*

*"Es gibt da auch noch einen größeren Zusammenhang. Merkel versucht, Deutschland dazu zu bewegen, eine größere Verantwortung in und für internationale Angelegenheiten zu übernehmen."*

*Allmählich setze sich in der Regierung die Erkenntnis durch, dass sich eine riesige politische und wirtschaftliche Macht wie Deutschland nicht verstecken könne wie eine riesengroße Schweiz; dass es nicht ausreiche, sich mit dem Export von Autos zufriedenzugeben.*

*"Es gibt greifbare Anzeichen dieser neuen Realität. Das Außenministerium wurde umstrukturiert, um es für neue globale Herausforderungen fit zu machen. Das gleiche geht im Verteidigungsministerium vonstatten."*

*Wir können davon ausgehen, dass Ulrike Guérot im britischen "Telegraph" von Krieg spricht, für den die deutsche Gesellschaft mit der »Flüchtlingskrise« vorbereitet werden sollte.*

---

<sup>1</sup> Die geheime Migrationsagenda, S. 75-79, Kopp 2016



Der deutsche Bundespräsident Joachim Gauck sei »eine von verschiedenen führenden Figuren, der große Reden zu diesem Thema gemacht hat«.

In der Tat, viele erinnern sich noch an seine (Gaucks) Rede (s.li.<sup>2</sup>) zur Eröffnung der Münchener Sicherheitskonferenz 2014, wo er ebenfalls mit dem Codewort »Verantwortung« hantierte:

"Denn wir Deutschen sind auf dem Weg zu einer Form von Verantwortung, die wir noch wenig eingeübt haben."

Gauck sah »Verantwortung« auf Deutschland zukommen, zum Beispiel in Nahost, wo er die Gefahr eines Flächenbrandes erkannte, den seltsamerweise (angeblich) niemand gelegt hatte, schon gar nicht die einzige Supermacht.

"Im Nahen Osten drohen sich einzelne Feuer zu einem Flächenbrand zu verbinden. Just in dem Moment überdenkt die einzige Supermacht [gemeint sind die USA] Ausmaß und Form ihres globalen Engagements. Ihr Partner Europa ist mit sich selbst beschäftigt. Im Zuge dieser Entwicklung zu glauben, man könne in Deutschland einfach so weitermachen wie bisher – das überzeugt mich nicht."

Mit Sicherheit ist Guérots Urteil richtig, dass wir es bei Gauck mit einer führenden Figur zu tun haben, die Deutschland in Verantwortung – das Codewort für Kriege – hineinreden will. Damit übernehmen beide ein langjähriges US-Anliegen, dass sich die deutsche Wirtschaftskraft für »Unternehmen der Verantwortung« nutzbar machen solle. Der evangelische Pastor musste sich den Vorwurf der Kriegshetze gefallen lassen, wohl nicht ganz von ungefähr:

"Manche im Inland und Ausland haben eine schnelle und etwas grobschlächtige Antwort parat; Sie sehen Deutschland schlicht als Drückeberger in der Weltgemeinschaft. Bei schwierigen Fragen duckt sich Deutschland allzu oft weg. [...] Und wenn wir überzeugende Gründe dafür gefunden haben, uns zusammen mit unseren Verbündeten auch militärisch zu engagieren, sind wir dann bereit, die Risiken fair mit ihnen zu teilen? [...] Ich meine: Die Bundesrepublik sollte sich als guter Partner früher, entschiedener und substanzieller einbringen [...]"

Manchmal kann auch der Einsatz von Soldaten erforderlich sein. Eines haben wir gerade in Afghanistan gelernt: Der Einsatz der Bundeswehr war notwendig,<sup>3</sup> konnte aber nur ein Element einer Gesamtstrategie sein. Deutschland wird nie rein militärische Lösungen unterstützen,<sup>4</sup> es wird politisch besonnen vorgehen und alle diplomatischen Möglichkeiten ausschöpfen. Aber wenn schließlich der äußerste Fall diskutiert wird – der Einsatz der

<sup>2</sup> <http://www.faz.net/aktuell/politik/inland/muenchner-sicherheitskonferenz-gauck-fordert-neue-deutsche-aussenpolitik-12778741.html>

<sup>3</sup> 9/11 war der Auslöser für den Afghanistan-Krieg. Da diese Terroranschläge vom 11. 9. 2001 von CIA/Mossad initiiert wurden (siehe Artikel 701-709), war und ist die der Bundeswehreinsatz in Afghanistan illegitim.

<sup>4</sup> Was war im Kosovo-Krieg? (Siehe Artikel 1179, S. 6/7. Siehe auch Artikel 1230, S. 1 und 1374, S. 1)

Bundeswehr –, dann gilt: Deutschland darf weder aus Prinzip »nein« noch reflexhaft »ja« sagen."<sup>5</sup>

Angela Merkels Nichthandeln während der »Flüchtlingskrise« ist vor dem Hintergrund dieser transatlantischen Ambitionen als ein quasi erpresserischer Akt zu sehen, Deutschland aus seiner Rolle als »Drückeberger« in die Verantwortungsübernahme zu zwingen – Verantwortung immer gesehen als Codewort für militärisches Engagement. Das simple Motto scheint zu lauten: Wenn Deutschland draußen in der Welt keine militärische »Verantwortung« übernimmt, landen die Probleme direkt vor eurer Haustüre...

Diese Interpretation des Nichthandels unserer Bundeskanzlerin wird gestützt durch eine Bemerkung Wolfgang Schäubles gegenüber der "Passauer Neuen Presse" am 2. April 2016: Wie es scheint, war auch ihm wohl bewusst, dass mit dem unkontrollierten Migrantenansturm »Druck« aufgebaut werden sollte, den man für die »Transformation« Europas nutzen konnte:

"Wir müssen den Druck aufrechterhalten, damit wir schneller vorankommen und zu einer gemeinsamen europäischen Lösung in der Flüchtlingspolitik kommen. Wenn jetzt einige Mitgliedsländer zögern, machen wir es trotzdem, dann bilden wir eine Koalition der Willigen und gehen gemeinsam mit der Türkei voran. Die anderen werden nachziehen..."

Während gegenüber der Bevölkerung mit »Mitleid« und »Menschlichkeit« argumentiert wird, benennt Schäuble ganz offen die politischen Ziele, welche mithilfe des Migrationsdrucks vorangebracht werden sollen – eine noch stärkere Vereinheitlichung der EU mit einer zentralen Asylagentur und einem Verteilungsmechanismus von Migranten auf alle EU-Staaten. Auf die Bemerkung: »Experten haben seit Jahren vor den Flüchtlingsbewegungen gewarnt...«, antwortet Schäuble:

"Wir wussten, dass es vielen Menschen auf der Welt viel schlechter geht als uns. Uns war auch klar, dass sie wissen, wie man zu uns kommt. Jetzt haben sich viele auf den Weg gemacht. Unser Interesse muss jetzt sein, die Krisenregionen im Nahen und Mittleren Osten und in Afrika zu stabilisieren, damit die Welt nicht noch mehr aus den Fugen gerät. Das ist unser Rendezvous mit der Globalisierung – ob uns diese Begegnung nun gefällt oder nicht. Davor können wir uns nicht im warmen Stübchen verstecken."

Hier findet sich dasselbe Leitmotiv, das schon Ulrike Guérot als eigentlichen Grund für Merkels Totalöffnung der Grenzen im Sommer 2015 vorgebracht hatte. Deutschland sollte die Globalisierung vor der Haustüre nachdrücklich erleben, um sich vor der weltweiten Übernahme von Verantwortung nicht mehr »verstecken« zu können. Schäuble macht dies auch im weiteren Interview deutlich:

"Wir werden unsere Ausgaben für humanitäre Hilfe und Entwicklungszusammenarbeit, für innere und äußere Sicherheit deutlich erhöhen. Die Verteidigungsausgaben müssen – »schwarze Null« kein Dogma – steigen, weil wir unser militärisches Engagement ausweiten müssen. Das werden zentrale Aufgaben der deutschen Politik, um die Wünsche der Menschen ernst zu nehmen, in Sicherheit leben zu können."<sup>6</sup> (Fortsetzung folgt.)

<sup>5</sup> Unter Anmerkung 83 steht: Der Bundespräsident: »Deutschlands Rolle in der Welt: Anmerkungen zu Verantwortung, Normen und Bündnissen«, 31.01.2014

<http://www.bundespraesident.de/SharedDocs/Reden/DE/Joachim-Gauck/Reden/2014/01/140131-Muenchner-Sicherheitskonferenz.html>

<sup>6</sup> Unter Anmerkung 84 steht: Bundesministerium der Finanzen: »Unser Rendezvous mit der Globalisierung« <http://www.bundesfinanzministerium.de/Content/DE/Interviews/2016/2016-02-04-PNP.html>